

Schmidt, Christoph M.

Research Report

Handel, Demografie, Klimaschutz: Wirtschaftspolitische Agenda für 2020

RWI Impact Notes

Provided in Cooperation with:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Schmidt, Christoph M. (2019) : Handel, Demografie, Klimaschutz: Wirtschaftspolitische Agenda für 2020, RWI Impact Notes, RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/216895>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Handel, Demografie, Klimaschutz – Wirtschaftspolitische Agenda für 2020

Am Ende eines Jahrzehnts mit hohen Wachstumsraten muss die Politik Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft finden

Der langanhaltende Aufschwung in Deutschland ist vorerst beendet. Langfristig schmälern vor allem protektionistische Tendenzen und der demografische Wandel die Wachstumsaussichten der deutschen Wirtschaft. Um den Wohlstand nicht zu gefährden, sollte sich die Bundesregierung insbesondere für eine Stärkung des multilateralen Handelssystems und offene Märkte einsetzen. Zudem muss der anstehende Strukturwandel für mehr Wirtschaftsleistung genutzt werden. In der Klimapolitik gilt es, den CO₂-Preis in den Mittelpunkt zu stellen.

Kontakt: Prof. Dr. Dr. h.c. Christoph M. Schmidt ✉ praesident@rwi-essen.de

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

Die weltweiten protektionistischen Tendenzen bedrohen die stark auf den internationalen Handel angewiesene deutsche Wirtschaft.

Der demografische Wandel wird den Fachkräftemangel verschärfen und die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit senken.

Im internationalen Vergleich ist Deutschland CO₂-effizient. Durch einen einheitlichen CO₂-Preis würden Emissionen dort eingespart, wo es die geringsten Kosten verursacht.

Was bedeuten die globalen Handelskonflikte für Deutschland?

Die deutsche Wirtschaft ist stark mit dem internationalen Handel verwoben. Der Anteil des Handelsvolumens am Bruttoinlandsprodukt ist unter den entwickelten Volkswirtschaften nur in Polen noch höher als in Deutschland. Etwa die Hälfte des hiesigen Wirtschaftswachstums der vergangenen drei Jahrzehnte ist auf den Handel zurückzuführen. Der weltweite Trend zum Protektionismus gefährdet deshalb den Wohlstand in Deutschland. Oberste Priorität der deutschen und europäischen Politik sollte es sein, das multilaterale, regelbasierte Handelssystem und die Welthandelsorganisation zu stärken. Denn gemeinsam Zölle zu senken und nicht-tarifäre Handelshemmnisse abzubauen ist deutlich vielversprechender, als eigene protektionistische Maßnahmen zu ergreifen.

Wie wirkt sich der demografische Wandel auf Deutschland aus?

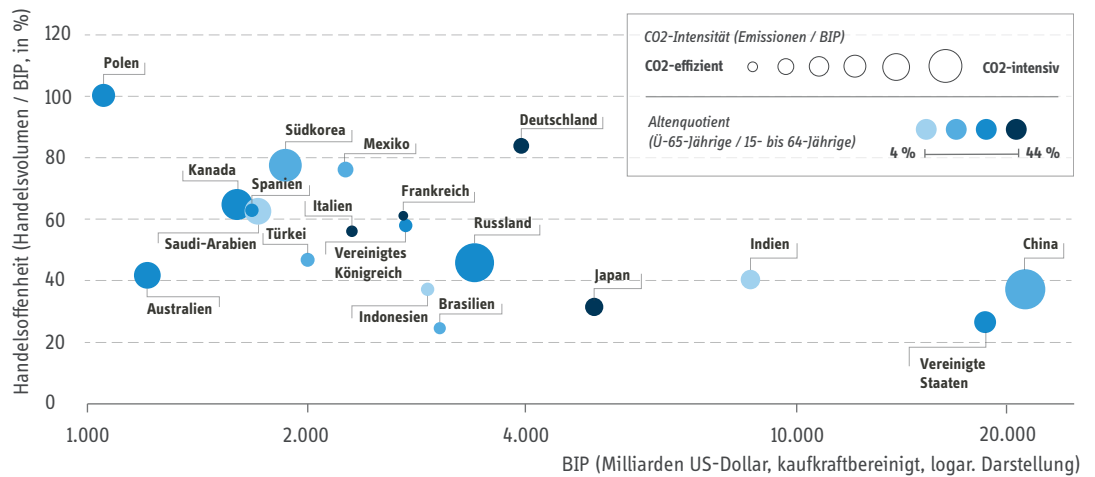
Bereits heute gehört Deutschland im internationalen Vergleich zu den Ländern mit dem höchsten Bevölkerungsanteil von über 65-Jährigen. Durch den Renteneintritt der Babyboomer-Generation wird sich das Verhältnis von Rentnern zu Arbeitskräften noch einmal stark erhöhen und das Wachstum reduzieren. Um seinen Wohlstand zu sichern, ist Deutschland daher auf eine wachsende Pro-

duktivität angewiesen. Dies erfordert jedoch einen umfassenden Strukturwandel hin zu einer digitalisierten Wirtschaft. Damit Beschäftigte die Chancen der Digitalisierung wahrnehmen können, müssen Arbeitnehmer und Unternehmen vor allem in Weiterbildung investieren. Zusätzlich braucht es größere Anreize für unternehmerisches Handeln in Deutschland: Dazu gehören bessere Bedingungen für die Ansiedlung ausländischer Unternehmen sowie wachstumsfreundliche Steuerreformen.

Was kann Deutschland zum globalen Klimaschutz beitragen?

Die Folgen des Klimawandels zeigen sich immer deutlicher. Nicht zuletzt in Deutschland protestieren deshalb viele Menschen für eine ambitioniertere Klimapolitik. Das von der Bundesregierung beschlossene Klimapaket ist zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung. Fernziel sollte aber weiterhin ein einheitlicher globaler CO₂-Preis sein. Jedem Land separate Emissionsziele vorzuschreiben, verteuert das Megaprojekt Klimaschutz unnötig. Denn das Potenzial für Einsparungen ist sehr unterschiedlich: So ist Deutschland ebenso wie viele westeuropäische Staaten vergleichsweise CO₂-effizient. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt haben andere G20-Staaten deutlich höhere Emissionen – Schwellenländer wie China und Indien, aber auch Industriestaaten wie Kanada, Australien oder die USA. CO₂-Einsparungen wären somit dort deutlich günstiger zu erreichen.

Deutschlands Wirtschaft im internationalen Vergleich: offen, CO2-effizient, überaltert



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von EIA, OECD, Weltbank. Alle Angaben beziehen sich auf das Jahr 2016.

Handlungsempfehlungen

i Um den Wohlstand zu sichern, ist Deutschland auf freien Handel angewiesen. Die Bundesregierung sollte sich innerhalb der EU für eine Stärkung des Multilateralismus und den Abschluss von Freihandelsabkommen einsetzen. Zudem muss Deutschland verstärkt auf die Digitalisierung setzen, um die Produktivität zu steigern.

i Die deutsche Klimapolitik sollte sich vor allem auf eine umfassende CO2-Bepreisung auf internationaler Ebene fokussieren. Der von der EU-Kommission geplante Green Deal bietet dafür eine Diskussionsgrundlage.

Herausgeber:

RWI - Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstr. 1-3
45128 Essen/Germany
Fon: +49 (0) 201-8149-0

Redaktion:
Leonard Goebel

Layout und Design:
Magdalena Franke
Daniela Schwindt

© RWI Dezember 2019